

Landesverwaltungsamt
-Landesjugendamt-
Geschäftsstelle des LJHA

Halle, den 19.02.2018
Tel. 0345/514-1627
601.1.1 Frau Koch

N i e d e r s c h r i f t LJHA Nr. 1/2018 (7)

zur 9. Sitzung in der 7. Amtsperiode des Landesjugendhilfeausschusses
mit dem Schwerpunktthema: Kinder- und Jugendschutz

- am: Montag, 12.02.2018
- Beginn/Ende: 09.30 Uhr bis 16.00 Uhr
- Ort: in Raum C 105 des Konferenzentrums des Ministeriums
für Arbeit, Soziales und Integration
Turmschanzenstr. 25, in 39114 Magdeburg
- TOP 1 Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und
Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.11.2017
- TOP 3 Beschlusskontrolle
- Wiederkehrende Beschlüsse
 - Unerledigte Beschlüsse der 7. Amtsperiode (Vorlage 01/2018)
 - Beschlusskontrolle und Abstimmung
- TOP 4 Berichte zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe
Berichte über Aktivitäten und aktuelle Entwicklungen
Hinweis: Unmittelbar an jeden Bericht können Rückfragen gestellt
werden
- TOP 4a Bericht der Vorsitzenden zur 7. Amtsperiode
- Sondierungen im Bund mit Blick auf Kinder- und Jugendhilfe
 - Novelle des KiFöG vom 20.12.2017
- TOP 4b Bericht aus der Verwaltung des Landesjugendamtes (LJA-V)
- Statistische Informationen zu 2017
 - Stand Bewilligung Fördermittel 2018
 - Stand HH-Planung 2019
- TOP 4c Bericht aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration (MS)
- TOP 4d Bericht aus dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration des
Landtages
- TOP 4e Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung (UA JHPL)
- TOP 4f Bericht aus dem Unterausschuss SGB VIII (UA SGB VIII)
- TOP 4g Bericht aus den Landesarbeitsgemeinschaften (bei Bedarf)
- LAG Mädchen und junge Frauen

- LAG Junge Geflüchtete
- TOP 5 Bestandsfeststellung und Bedarfsanalyse im Rahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes zur Vermeidung von Gefährdungen für Kinder und Jugendliche im Land Sachsen-Anhalt
Referent*innen: Servicestelle Kinder- und Jugendschutz/Landesjugendamt
TOP ist für ca. 13 Uhr geplant
- TOP 6 Kinder in besonderen Lebenslagen: Übersicht zu den sog. „Kinderstellen“ im Frauenhaus sowie Informationen zum Bundesmodellprojekt zum verbesserten Schutz von Frauen und Kindern (Start 2017)
Referent*in: Anke Weinreich von der Landesintervention und -koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking (LIKO)
TOP ist für ca. 14 Uhr geplant
- TOP 7 Planungen für den Landeshaushalt 2019 - UA JHPL
(Antrag 01/2018)
- TOP 8 Anerkennungen nach § 75 SGB VIII als freie Träger der Jugendhilfe
(Antrag 02/2018, Antrag 03/2018)
- TOP 9 Absprachen für nächsten Sitzungen - Themen/Verantwortlichkeiten/
Referent*innen etc.
23. April 2018
- Demokratiegefährdende Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe (wkB 7)
- Referent*innen: Miteinander e.V.
- Methodenbox Geschlechtervielfalt
- Referent*innen: KgKJH
- Hort/Hortbetreuung
- Referentin: Frauke Mingerzahn
- Bericht LJA:
- Auswertung der Fortbildungsarbeit für sozialpädagogische Fachkräfte (wkB 2)
25. Juni 2018
- Fachkräfte und Entgelte der Sozialen Arbeit
- Referent*innen: Gernot Quasebarth, Gewerkschaft
- Zwischenbericht Jugendhilfeplanung
- Referent*innen: UA JHPL
- Rechte und Pflichten des LJHA/MS/LVwA in Bezug auf die Haushaltsaufstellung und Vergabe der Mittel (LVwA/Frau Wichmann)
- TOP 10 Verschiedenes

**Hinweis:*

Veränderungen der Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte während der Sitzung werden wegen der besseren Lesbarkeit der Niederschrift nicht berücksichtigt.

von den 20 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend:

1. Frau Anger	9. Frau Hotzel
2. Herr Petrick	10. Herr Tekaath bis 12.05 Uhr
3. Frau Wichmann	11. Frau Schunke
4. Herr Kneissl	12. Herr Bache bis 12.05 Uhr
5. Herr Begrich	13. Herr Muntschick
6. Herr Mohamad bis 12.05 Uhr	14. Frau Borris bis 12.05 Uhr
7. Herr Pissetski	15. Frau Wellenreich
8. Herr Bruchholz 10.00 bis 15.00 Uhr/Herr Wendenkampf bis 13.30 Uhr	

von den 10 beratenden Mitgliedern anwesend:

1. Frau Leonhardt	5. Frau Dr. Späthe bis 11.10 Uhr
2. Herr Bischoff	6. Frau Prof. Dr. Mingerzahn
3. Frau Weise bis 14.10 Uhr	7. Herr Krull von 10.45-11.45 Uhr
4. Frau Heiß bis 12.15 Uhr	8. Frau Dr. Titel bis 12.05 Uhr

anwesende Mitarbeiter der Verwaltung:

Frau Hofmann (MS) bis 13.30 Uhr	Herr Günther (LVwA)
Herr Stein (MS)	Herr Gelhaar (LVwA)
Frau Specht (LVwA)	Frau Dr. Cremer (LVwA)
Herr Schlegel (LVwA)	Frau Heinecke (LVwA) 12.15-14.45 Uhr

anwesende Gäste:

Neben den namentlich aufgeführten Personen haben Gäste an der Sitzung teilgenommen.

Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung:

TOP 1	Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung	
-------	--	--

Die Vorsitzende, Frau Anger, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

Sie stellt fest, dass die Sitzung gemäß § 5 der Satzung für das Landesjugendamt i.V.m. § 3 der GO des LJHA ordnungsgemäß einberufen wurde.

Es sind mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend. Das Gremium ist beschlussfähig.

Zur übersandten Tagesordnung äußert Herr Muntschick, dass zum TOP 8 sich der LJHA in früheren Sitzungen ausführlich positioniert hat. Der öffentliche Träger hat eine klare Aufgabe bezüglich der Zulassung. Herr Günther hat die Rechtslage erörtert. Er schlägt vor, diesen TOP von der Tagesordnung zu streichen.

Herr Tekaath sagt dazu, der TOP 8 soll auf der Tagesordnung bleiben. Es soll darüber diskutiert werden. Es wird vereinbart unter TOP 8 darüber zu befinden.

Die Vorsitzende informiert über Mitgliederveränderungen im LJHA.

Frau Wagner, Landeselternvertretung, hat im letzten Jahr ihr Mandat niedergelegt. Die Landeselternvertretung wird noch im Februar über die Nachfolge entscheiden.

Herr Gnodtke ist in den Bundestag gewählt worden, er hat sein Mandat im LJHA niedergelegt.

Herr Bunk ist in den Ruhestand versetzt worden. Frau Weise, ehemals stellvertretendes beratendes Mitglied, ist jetzt beratendes Mitglied. Ihr Stellvertreter wird Herr Jach sein.

Die 2 Vakanzen vom KJR sind noch durch den Landtag zu berufen.

Frau Hofmann ergänzt, dass sie schon im Gespräch mit Herrn Struckmeier gewesen ist, vom Landkreistag wird ein entsprechender Vorschlag erfolgen.

Frau Wichmann legt dar, dass im UA JHPL die Stelle von Herrn Gnodtke ebenfalls nachbesetzt werden muss, da hier den kommunalen Vertreter*innen ein Platz vorbehalten ist.

TOP 2	Genehmigung der Niederschriften über die Sitzung vom 20.11.2017	
-------	---	--

Es liegt ein Änderungsantrag von Frau Anger zur Niederschrift vom 20.11.2017 vor.

Ersetze „Quantum“ durch „Quorum“ – Quorum ist die notwendige Anzahl Stimmen, die erreicht sein muss, damit eine Abstimmung Gültigkeit erlangt.

TOP 4a:

Frau Anger informiert darüber, dass sich am Umlaufbeschluss zur Stellungnahme 19 stimmberechtigte Mitglieder beteiligt haben, damit das Quorum von mindestens 11 Stimmen deutlich erreicht wurde. Von diesen 19 Stimmen waren 18 gültig (1 Stimme kam von einem beratenden Mitglied) und davon wiederum gab es 16 Ja, 2 Nein und keine Enthaltung.

Grammatikalisch ist es erforderlich, das Verb „versendet“ an anderer Stelle einzusetzen, um den Sinn der Aussage beizubehalten.

„....sie fügt diese bis zum 27.11.2017 zusammen, geht dann in eine inhaltliche schriftliche Abstimmung mit dem Ausschuss bis zum 30.11.2017, dann wird das fertige Papier versendet zur Beschlussfassung bis zum 6.12.2017.“

Frau Anger weist ausdrücklich darauf hin, dass es eine Ergänzung in der Niederschrift zu den Äußerungen von Frau Ministerin Grimm-Benne gibt. Diese bezieht sich auf den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften.

Nach Diskussion äußert Frau Anger die Bitte, Ergänzungen zur Sitzung gesondert an den Ausschuss zu senden und nicht in der Niederschrift aufzunehmen.

Die geänderte Niederschrift über die Sitzung vom 20.11.2017 wird mit 10 Ja, 2 Nein und 3 Enthaltungen genehmigt.

TOP 3	Beschlusskontrolle	
-------	--------------------	--

Frau Anger bittet den Ausschuss folgende Änderungen vorzunehmen:

wkB Nr. 2: das Thema wird am 23.04.2018 behandelt

wkB Nr. 6: das Datum wird gestrichen

wkB Nr. 7: das Thema wird am 23.04.2018 behandelt.

wkB Nr. 8: das Thema wird am 12.11.2018 besprochen

unerledigte Beschlüsse: 2017-(7)-05, hier soll noch einmal das Bildungsministerium eingeladen werden

2017-(7)-14:Frau Anger fragt nach Teilerledigung, Wiedervorlage o. ä. Frau Wichmann sagt dazu, dass der UA JHPL in der Junisitzung berichten wird. Frau Anger dazu, der Beschluss ist erledigt, aber Wv. in der Sitzung am 25.06.2018.

Niederschrift LJHA Sitzung vom 12.02.2018

Erledigte Beschlüsse: Frau Anger bittet darum, sämtliche Anträge und dazugehörige Beschlüsse zu Rederecht wie bereits festgelegt entsprechend von der Liste zu streichen; diese seien in der jeweiligen Niederschrift vermerkt.

Den Beschluss 2017-(7)- 16 Evaluation FamBeFöG und KJHG-LSA ist erledigt, sie bittet jedoch um Wv., wenn Evaluation abgeschlossen ist.

2017-(7)-17 Auftrag an die Verwaltung, diesen Beschluss richtig zu übernehmen.

TOP 4	Berichte zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe	
TOP 4a	Bericht der Vorsitzenden zur 7. Amtsperiode	

Frau Anger stellt Punkte zur Kinder- und Jugendhilfe aus dem Koalitionsvertrag vor:

- Kindergeld soll pro Kind in 2 Schritten erhöht werden, im Juli 2019 um 10 €, ab Januar 2021 um 15 €, dies stellt jedoch keine Bekämpfung der Kinderarmut dar
- Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (Schulstarterpaket) werden aufgestockt, Eigenanteile zur Mittagsverpflegung und Schüler*innenbeförderung sollen entfallen
- Kinderrechte sollen im Grundgesetz verankert werden
- Novellierung des SGB VIII auf der Grundlage des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, Frage ist, wie inklusiv wird das SGB VIII
- eigenständige Jugendpolitik soll weitergeführt und eine gemeinsame Jugendstrategie mit der Bundesregierung entwickelt werden
- Ausbau und Qualitätssteigerung der Kinderbetreuung - es sollen jährlich laufende Mittel zur Verfügung gestellt werden, 2019 -1/2 Mrd. €, 2020 1 Mrd. €, 2021 2 Mrd. €, Länder sollen mit diesen Mitteln zusätzlich die Ausbildung von Erzieher*innen fördern etc. – ursprünglich waren für 2018-2022 10 Milliarden Euro für den Qualitätsausbau anvisiert, davon sind jetzt nur noch 3,5 Milliarden Euro im KoalIV
- bis 2025 soll es einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Betreuung von Grundschulkindern geben
- 3,5 Milliarden Euro für die Digitalisierung in Schule, aber allein eine technische Ausstattung ist nicht genügend
- keine Aussagen wurden im Koalitionsvertrag zur Schulsozialarbeit gemacht
- schwer zu erreichbare junge Menschen nach § 16 h SGB VIII steht ab 2019 Förderung von jährlich 50 Mio. € zur Verfügung

Herr Wendenkampf betont, dass es gut sei, dass die Kinderrechte ins Grundgesetz kommen sollen. Seine Sorge ist die Kinderrechtssituation in Sachsen-Anhalt.

Seiner Meinung nach sollte der Ausschuss begleiten, was auf Bundesebene vorgeschlagen ist, wie das im Land umgesetzt wird.

Herr Begrich hat kritische Anmerkungen zum Koalitionsvertrag. Es wurden nur wenige Worte verloren, welche Herausforderungen die Politik und Zivilgesellschaft mit Blick auf Rechtspopulismus und Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien hat, es fehlen Hinweise darauf, dass die Bundesprogramme, die sich mit diesem Thema Rechtsextremismus befassen, fortgeführt werden, außerdem ist es wenig zufriedenstellend, wie die beschlossenen Kompromisse bzgl. Familiennachzug einzuschätzen sind.

Die Frage ist, wie man mit Geflüchteten und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen umgeht.

Frau Anger berichtet weiter zum KiFöG: es wurde im letzten Jahr im Rahmen einer kleinen Novelle novelliert, es gab Anpassungen der § 12, 12b, 13, folglich sind zum einen die Pauschalendes Landes angepasst, und zum anderen wurde die Festlegung der maximalen Höhe der Elternbeiträge am Finanzierungsdefizit aufgehoben. Somit sind die Gemeinden frei in der Entscheidung wie hoch der Elternanteil und wie hoch der Anteil der Gemeinden perspektivisch sein wird.

Frau Dr. Späthe ergänzt, dass Tarifveränderungen einzukreisen sind, dies bedarf einer Gesetzesänderung (finanzielle Änderung), des Weiteren ist die 50/50 Regelung geändert worden, dieses war eine Schutzfunktion für die Eltern.

Inwieweit sich das auf die Elternbeiträge auswirken wird, ist unklar.

Die Elternbeiträge werden in den Satzungen der Gemeinden festgelegt.

Die eigentliche Novelle kommt noch.

Frau Hofmann dazu, wenn der Koalitionsvertrag kommt, wird es ein Kommunalpaket geben, im SGB VIII ist auch eine Schutzklausel für eine nicht angemessene Steigerung der Elternbeiträge vorhanden, sie setzen auf die Verantwortung der Entscheidungsträger vor Ort.

Frau Dr. Späthe ergänzt, nach einem Bundesverfassungsgerichtsurteil, ist Kindesbetreuung eine ureigene Aufgabe der Gemeinde.

Frau Anger informiert weiterhin zum Umlaufbeschluss des Schulgesetzes und dankt dem Ausschuss für die Beteiligung. Sie bittet darum, inhaltliche Punkte nicht erst mit der Beschlussfassung einzureichen, denn dann kann sie diese nicht entsprechend einarbeiten. Zur Beschlussfassung der Stellungnahme zum Schulgesetz sind 16 Stimmen eingegangen, davon waren 15 gültig (eine Stimme kam von einem beratenden Mitglied). Diese 15 Stimmen teilen sich auf in 12 JA, 3 NEIN und 0 Enthaltungen. Damit wurde die Stellungnahme im Umlaufverfahren beschlossen und von Frau Anger entsprechend im Ausschuss für Bildung in Landtag vorgetragen.

Es gab weiterhin am 12. Januar 2018 ein Fachgespräch im Bildungsausschuss zum Thema Schulsozialarbeit, Frau Anger hat die Positionen, die der Ausschuss erarbeitet hat, dort eingebracht. Es ist noch unklar, wie weiter mit der Schulsozialarbeit umgegangen wird.

Herr Bache ergänzt dazu, dass der Bildungsausschuss auch weitere Träger angehört. Er würde sich wünschen, in der nächsten Sitzung vom Ministerium zu hören, wie man dazu mit dem Bildungsministerium kooperiert. Frau Hofmann dazu, Ende letzten Jahres gab es ein Gespräch mit dem Bildungsministerium.

Eine Arbeitsgruppe soll eingesetzt werden, die die Vorbereitung der nächsten Monate etc. begleiten wird.

TOP 4b	Bericht aus der Verwaltung des Landesjugendamtes (LJA-V)	
--------	--	--

Frau Specht informiert über folgende Punkte:

Statistische Informationen zu 2017:

●Kita-Bereich:

- Anzahl der Kindertageseinrichtungen in Sachsen-Anhalt betrug im Jahr 2017: 1.780, im Jahr 2016: 1.774
- Anzahl der betreuten Kinder ist von ca. 142.300 auf ca. 146.000 gestiegen
- Schwerpunkt lag bei den belegten Hortplätzen, wo die größte Steigerung zu verzeichnen war, von ungefähr 3.000 Plätzen (von rd. 50.900 auf rd. 53.600)
- Anzahl der betreuten Kinder in Tagespflegestellen lag bei 825 in 2017 im Vergleich zu 784 in 2016

Damit korrespondiert eine Steigerung der Landeszuweisung, durch die KiFöG- Änderung wird es eine erneute Steigerung (durch die erhöhten Pauschalen) in 2018 geben.

Die Mittelausreichungen lagen im letzten Jahr bei 320 Mio. (2016 waren es 289 Mio. €), dazu kommen 12 Mio. für die Erstattung aufgrund der Geschwisterkind-Regelung.

●Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe:

Zahl der Veranstaltungen ist nahezu gleichgeblieben, 217 Veranstaltungen wurden durchgeführt, im Vorjahr 214

Anzahl der Teilnehmer*innen ist leicht angestiegen von 3500 auf 3650

Frau Dr. Cremer berichtet zu Zahlen der Landesverteilstelle: 317 UMA in 2017 in der Verteilung (2015: 286/ 2016: 1.540). Es gibt 187 UMA-Einrichtungen im Land. Herr Wendenkampf fragt nach, warum die Zahlen der Hilfen nach § 41 SGB VIII in den Landkreisen sehr unterschiedlich ausfallen. Dazu wird erläutert, dass die Hilfestellung im Einzelfall in kommunaler Zuständigkeit liegt.

Frau Dr. Cremer berichtet über weitere statistische Angaben aus dem Jahr 2017, die als Anlage beigefügt sind.

Stand Bewilligungen Fördermittel 2018

Referat Kinder und Jugend:

Herr Gelhaar berichtet zum aktuellen Stand der Bewilligung im Bereich der Jugendförderung. Hierzu führte er aus, dass für die Förderbereiche Jugendsozialarbeit / erzieherischer Kinder- und Jugendschutz (Titelgruppe 62) die verfügbaren Haushaltsmittel ausreichen, um das Antragsvolumen abzudecken.

Für die Bereiche Jahresprogramm, Jugendbildungsreferenten, Verwaltungsausgaben der Jugendverbände, Internat, Jugendbegegnungen, Jugendbildungsstätten und sonstige Maßnahmen im besonderen Landesinteresse bedarf es durch das Finanzministerium der Einwilligung zum Vorgriff auf die Ausgabereste aus 2017, um alle Förderanträge finanziell abzudecken. In den Fortsetzungsprojekten wurden die Träger informiert, dass der Abschluss von Verträgen unschädlich ist und Abschlüsse beantragt werden können. In Fällen, wo dies möglich war, wurde ein vorzeitiger Maßnahmebeginn erteilt.

In den drei institutionellen Förderungen wurden die Bescheide für 2018 veranlasst.

Referat Familie und Frauen:

Frau Dr. Cremer stellt Herrn Schlegel vor. Er ist seit 1.2.2018 Referent im Referat 602, zuständig für den Referentenbereich Familien- und Frauenförderung. Er ist zuständig für den gesamten Zuwendungsbereich des Referates.

•Fr. Dr. Cremer berichtet zum Bereich der Familienförderung und Erziehungshilfen:

Bei der institutionellen Förderung der Landesfamilienverbände wurden einige Bescheide noch im letzten Jahr erteilt, das wird in diesem Jahr fortgesetzt. Wenn es noch keinen Zuwendungsbescheid für 2018 gibt, werden Abschlüsse gezahlt.

Im Bereich der Projektförderung sollen in dieser Woche die HH-mittel zugewiesen werden, so dass die Bescheiderteilung kurzfristig erfolgen kann. Das betrifft die Familienzentren und die Projekte im Bereich der Familienförderung sowie das Fachzentrum Pflegekinderwesen und den Vormundschaftsverein Refugium.

Stand Haushaltsplanung 2019

•Frau Specht berichtet über den HH-Aufstellungserlass vom 23.01.2018. Das LJA hat dazu eine Verfügung vom 24.01.2018 bekommen: Die Fachreferate MS richten Ihre Abforderungen bei Bedarf unmittelbar an die Fachreferate des LJA

In diesem Jahr waren es extrem kurze Fristsetzungen, so dass die Träger für ihre Zuarbeiten auch nur wenige Tage Zeit zur Verfügung hatten. Aufgrund einer nachträglich erfolgten Fristverlängerung durch MF konnte schließlich auch den Trägern eine Fristverlängerung bis zum 13.02.2018, 9.00 Uhr gewährt werden.

Weitere Fragen an die Verwaltung:

Herr Mohamad fragt bezüglich der Berichterstattung des mdr in der letzten Woche aus Bad Suderode, hier gab es Gewalterfahrung junger UMA durch Betreuer.

Frau Dr. Cremer geht davon aus, dass es sich um die Einrichtung für unbegleitete minderjährige Ausländer in Bad Suderode handelt, dazu gab es in der letzten Woche eine Medienberichterstattung mit dem Inhalt, dass es dort zu Gewalttätigkeiten von Betreuern gegenüber jungen Geflüchteten gekommen sei.

Es geht um Vorgänge aus dem Jahr 2017. Dem LJA, als Aufsichtsbehörde, waren solche Vorkommnisse bisher nicht gemeldet, der Vorfall wird nach jetzt vorliegenden Informationen aufbereitet. Es erfolgt ein enger Austausch mit dem Ministerium.

Herr Wendenkampf fragt, ob das LJA Fortbildungen zum Thema „Deeskalierend eingreifen in Konfliktsituationen“ anbiete und ob diese wahrgenommen werden.

Frau Specht bejaht dies und gibt die Anregung für erhöhten Bedarf an den Fortbildungsbereich weiter.

TOP 4c	Bericht aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration (MS)	
--------	---	--

Frau Hofmann berichtet über:

Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes:

Im Mitzeichnungsverfahren ist das Ministerium des Innern einer Maßgabe des MS gefolgt: nämlich den KJR in die Liste der Anzuhörenden aufzunehmen

Den folgenden Maßgaben wurde nicht gefolgt:

- Senkung des Mindestalters für das Einbringen von Bürger*innenbegehren – auf 14 Jahre
- Muss-Regelung zur Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen, z.B. Jugendliche bei kommunalen Planungen sowie Erweiterung dieser Regelung durch Pflicht darzulegen, wie bei der Durchführung dieser Planungen Interessen der Jugendlichen berücksichtigt sowie die Beteiligung dieser gewährleistet wurde.

Die Frist für die Anhörung durch die LReg läuft morgen ab, danach erfolgt eine 2. Kabinettsbefassung und die Übersendung des Gesetzentwurfs an den Landtag.

Evaluierung des FamBeFöG:

MS ist gehalten, 3 Jahre nach Inkrafttreten des FamBeFöG, dieses zu evaluieren, Frau Hofmann ist gebeten worden eine Zeitschiene vorzugeben. Das Gesetz ist Mitte 2014 in Kraft getreten. Es werden hausintern die Voraussetzungen für die externe Vergabe geprüft, voraussichtlich Anfang März wird das Vergabeverfahren eingeleitet, Veröffentlichung der Leistungsbeschreibung (4-6 Wochen) danach. Im Mai wird wahrscheinlich der Zuschlag erteilt werden, sofern es zu keinen Verzögerungen kommt. Der Entwurf der Leistungsbeschreibung soll noch mit dem UA JHPL abgestimmt werden.

Stand Kinder- und Jugendbericht:

Frau Hofmann sagt zum Entwurf der Online-Befragung, dass dieser 60 Fragen enthält.

Frau Hofmann würde gern den Befragungsbogen einer fachlichen Expertise unterziehen.

Zur Frage einer Beteiligung des LJHA wurde u.a. mit Frau Wichmann, Herrn Schweizer gesprochen. Im Ergebnis sollen 2 Mitglieder des LJHA an den Sitzungen der von der LReg eingerichteten Arbeitsgruppe (IMAG) zum Kinder- und Jugendbericht teilnehmen, um den Sachverstand der im LJHA vertretenen Verbände begleitend einzubringen. Diese wiederum können auf 5-10 Experten*innen für die einzelnen Teile des Kinder- und Jugendberichts zurückgreifen, die bei Bedarf in die IMAG als Gäste geladen werden können.

Fa. Ramboll startet die Befragung in der 11. KW., Befragungsdauer 8 Wochen.

Die Frage wurde gestellt, ob diese Fragebögen auch in andere Sprachen übersetzt werden sollen. Das wird momentan geprüft.

Die IMAG soll Anfang März einberufen werden.

Ramboll stellte Design für den Kinder- und Jugendbericht am 19.12.2017 im MS vor:

Herr Schütte hat die Frage –nach einem Begleitprodukt in jugendgerechter Sprache wie beim Bundesjugendbericht gestellt. Hier wird noch einmal eine interne Abstimmung erfolgen, sie gibt diesbezüglich eine Rückmeldung an Frau Wichmann.

Einbindung eines Influencers, spielt in Sachsen-Anhalt in den sozialen Netzwerken eine große Rolle. Frau Hofmann möchte über die Einbindung der Schulleitungen und Schüler*innenräte eine größere Beteiligung erreichen.

Ramboll wird zur Mitgliederversammlung des KJR kommen. Dort wird die Fa. einen kurzen Input zum Design, zum Stand und zum weiteren Vorgehen geben.

Frau Anger fragt nach einfacher Sprache. Frau Hofmann sagt, die Fragen seien einfach formuliert. Sie würde jedoch die Frage aufgreifen, und den Fragebogen dem Landesbehindertenbeauftragten zukommen lassen.

Herr Petrick fragt nach einem Pretest mit Jugendlichen. Es sollten 10 Jugendliche je Altersgruppe teilnehmen, bei einer Altersspanne 14 bis 27. Frau Hofmann bittet Herrn Petrick, Frau Großberndt und sie im Verteiler Cc. aufzunehmen.

Herr Wendenkampf bittet, zu berücksichtigen, dass Jugendliche auch aus einem nicht direkt deutschen Hintergrund kommen.

Frau Wichmann merkt an, dass für den Onlinefragebogen die Information der Träger relativ früh kommen muss. Frau Schunke pflichtet dem bei. Sie würde den Befragungszeitraum nicht verkürzen.

Frau Hofmann sagt, dass 68 Multiplikator*innen miteingebunden werden sollen.

Frau Anger fragt nach der Besetzung zur IMAG: Eine Anbindung an den Ausschuss wäre gut, die Personen müssten festgelegt werden. Herr Wendenkampf ist dafür, heute 2 Personen aus dem LJHA zu benennen. Frau Dr. Späthe fragt, was die Tätigkeit der Personen sein wird und welcher zeitliche Aufwand steht dahinter.

Frau Hofmann dazu, Ausgangspunkt ist die Bildung einer innerministeriellen Arbeitsgruppe, Zeitaufwand wären 3-4 Sitzungen, Aufgabe sei es, sich mit Fortschritten in der Erarbeitung des Kinder- und Jugendberichtes zu befassen, Inputs zu geben, Sachverstand einzubringen damit der Kinder- und Jugendbericht entstehen kann. Zeitaufwand pro Sitzung wären ca. 2-3 Stunden.

Herr Wendenkampf ergänzt, dass die Sprecher der LAG Junge Geflüchtete in der Arbeitsgruppe mitarbeiten sollen.

Frau Anger sagt, eine Arbeitsgruppe aus 5-10 Personen soll gegründet werden, davon sind 2 Sprecher*innen zu benennen. Eine gegenseitige Vertretung in der IMAG soll je nach Themenfokus möglich sein.

Beschluss Nr. 2018-(7) –01

Es haben folgende Personen ihre Bereitschaft erklärt, in der IMAG mitzuarbeiten:

Frau Prof. Mingerzahn

Herr Begrich

Frau Wichmann

Herr Petrick

Herr Wendenkampf

Frau Hotzel

Herr Pischner

Herr Schütte

Frau Anger

1 Person vom KJR die noch zu benennen ist

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Wichmann wird zu einem ersten Treffen einladen, dann wird die AG ihre Sprecher*innen bestimmen.

Nachbesetzung LJHA

Frau Hofmann berichtet über den Bereich des Wechsels beim KJR, Vorschläge liegen vor, diese werden dann vom Landtag, voraussichtlich im März, gewählt.

Frühförderung von Kindern und Jugendlichen

Herr Pischner bat um eine Information zur Frühförderung von Kindern und Jugendlichen in Kitas, sie hat das zuständige Referat beteiligt. Da Herr Pischner heute nicht anwesend ist,

Niederschrift LJHA Sitzung vom 12.02.2018

übergibt sie Informationen zum Sachverhalt an Frau Hotzel. Frau Anger schlägt vor, dies dem gesamten Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Frau Hofmann verweist darauf, dass zu einer Befassung des LJHA mit diesem Thema das zuständige Fachreferat (Ref. 31, MS) dazu eingeladen werden sollte.

Herr Begrich möchte dieses Thema in eine der nächsten Sitzungen noch einmal aufgreifen.

TOP 4d	Bericht aus dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration des Landtages wird.	
--------	--	--

Herr Krull berichtet von

- der 4. Änderung des Kinderförderungsgesetzes, diese wurde im Dezember im Landtag beschlossen
- gesunde Ernährung KiTa und Schule: es gab einen Antrag der Fraktion die Linke, dazu gab es einen Änderungsantrag,
- Kinderarmut: hier wurde ein Beschluss im Landtag gefasst. Das Thema wird voraussichtlich immer wieder im Ausschuss behandelt werden.
- in der Januarsitzung: wurde sich mit dem Psychatriebericht auseinandergesetzt, dazu wurde der Bildungsausschuss eingeladen, nach Auskunft der dort anwesenden Expert*innen reicht es immer noch nicht aus, um die entsprechenden Bedarfe in den Stationen an Schulunterricht abzudecken, spätestens im Januar 2019 soll dieses Thema erneut aufgerufen werden

- KiFöG: dazu wird heute eine entsprechende Beratung durchgeführt. Derzeit sehr intensive Diskussionen über die unterschiedlichen Positionen

Die nächste Ausschusssitzung ist am 14.02.2018. Hier sind jedoch keine Themen, die den LJHA betreffen, benannt.

Zum Thema UMA Altersfeststellung gab es einen Antrag in der letzten Landtagssitzung. Das Ministerium hat wegen der Umstände verzichtet, dazu im Landtag Ausführungen zu machen. Der Alternativantrag der regierungstragenden Fraktionen hat eine Mehrheit gefunden. Jede*r kann sich noch einmal selbst darüber informieren oder auf der Seite des Landtages diesbezüglich nachsehen.

TOP 4e	Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung (UA JHPL)	
--------	---	--

Frau Wichmann berichtet, dass der UA JHPI in seiner letzten Sitzung am 12.01.2018 durch Herrn Roes über den aktuellen Stand der landesweiten Jugendhilfeplanung informiert worden ist. Wichtige Eckpunkte seien:

- Die im Nachgang der letzten LJHA Sitzung vom 20.11.2017 erfolgte Ausschreibung der Planungsdurchführung gemäß LJHA Beschluss Nr. 2017-(7)-27.
- Die Sichtung und Bewertung der eingegangenen Unterlagen durch Frau Anger (LJHA), Herr Roes (Bereichsarbeitsgruppe) und Frau Wichmann (UA JHPI) und die Auswahl des Organisationsberatungsinstituts Thüringen (ORBIT).
- Das erste Treffen der Bereichsarbeitsgruppe am 10.01.2018 mit den Schwerpunkten Planungsdesigns sowie der Planung der Auftaktveranstaltung, die am 15.02.2018 im MS stattfinden wird.

Die Bereichsarbeitsgruppe soll perspektivisch durch Jugendhilfeplaner*innen der Landkreise und kreisfreien Städte ergänzt werden. Außerdem wurde die Verwaltung beauftragt, eine Klärung bezüglich der Erstattung der Fahrkosten für die Mitglieder der Bereichsarbeitsgruppe herbeizuführen.

Frau Wichmann dankt ausdrücklich allen Beteiligten aus Bereichsarbeitsgruppe, Ausschuss und Verwaltung sowie Ministerium, die es ermöglicht haben, dass die Landesjugendhilfeplanung mit Beginn des Jahres 2018 starten kann.

TOP 4f	Bericht aus dem Unterausschuss SGB VIII (UA SGB VIII)	
--------	---	--

Frau Wellenreich sagt dazu, dass der UA SGB VIII nicht getagt hat.

Frau Heiß ergänzt, dass beabsichtigt ist, zum SGB VIII eine Veranstaltung durchzuführen, als Termin hat sie den Monat Mai favorisiert, sie lädt dazu schon jetzt die Ausschussmitglieder und die Verwaltung ein.

TOP 4g	Bericht aus den Landesarbeitsgemeinschaften (bei Bedarf) - LAG Mädchen und junge Frauen - LAG Junge Geflüchtete	
--------	---	--

Frau Schunke berichtet, dass sich die LAG Mädchen und junge Frauen in der März Sitzung mit dem Thema Mädchen mit Behinderungen und Gewalterfahrung beschäftigen wird. Sie werden darüber diskutieren, ob die LAG dazu ein Positionspapier erstellt, welches auch dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden könnte.

Zum anderen geht es um die Weiterarbeit in den 3 Arbeitsgruppen aus der Ideenwerkstatt 2020. Weiterhin wird sie darüber diskutieren, inwieweit die Ergebnisse aus den 3 Arbeitsgruppen im LJHA vorgestellt werden.

Herr Wendenkampf bedankt sich für die gute Unterstützung von Seiten der Landesregierung. Er berichtet von der letzten Sitzung am 10.11.2017. Es wurde festgestellt, dass ein Dauerthema die Frage der Beschulung, insbesondere der Einschulung ist. Dies hat sich im letzten Jahr verbessert. Problematisch ist weiterhin die Einschulung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge im Alter von 16 bis 17 Jahren.

Die Motivation der Kinder und Jugendlichen ist unterschiedlich, weil die Frage Duldung oder Abschiebung steht. Das Problem haben auch die Lehrkräfte.

Die jungen Leute stehen auch unter deutlich wirtschaftlichen Druck. Die psychosoziale Betreuung und Versorgung ist schlecht, weil z. B. die Dolmetscher*innen fehlen.

Zur Ausbildungssituation benötigen die UMAs, bevor sie eine Ausbildung beginnen können, 6 Jahre. Zeugnisse von UMAs werden erst nach mehreren Monaten anerkannt.

Ungeklärt ist die Frage Krankheitskarte oder Behandlungsschein.

Die Amtsvormundschaften werden eher unzureichend umgesetzt.

Herr Wendenkampf weist auf eine doodle- Umfrage hin, dass die nächste Sitzung im April durchgeführt werden soll, auf der auch das Thema Radikalisierung und Extremismus aufgerufen wird.

TOP 5	Bestandsfeststellung und Bedarfsanalyse im Rahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes zur Vermeidung von Gefährdungen für Kinder und Jugendliche im Land Sachsen-Anhalt	
-------	---	--

Frau Heinecke berichtet, dass der Planungsauftrag aus Mitte der 1990er Jahre stammt. 1999 hat der LJHA ein Grundsatzpapier zum Jugendschutz beschlossen, in dem sich eindeutig auf § 14 des SGB VIII bezogen wird. Jugendliche sollen befähigt werden, mit Gefährdungen umzugehen. Ein Beschützen vor Gefahren ist besonders hinsichtlich der Globalisierung und rasanten Entwicklung neuer Medien nicht möglich.

Inzwischen werden in allen Landkreisen und kreisfreien Städten die Aufgaben des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes durch die Jugendämter wahrgenommen, Bußgeldverfahren im Rahmen des ordnungsrechtlichen Jugendschutzes hingegen werden in den Ordnungsämtern geführt.

Die aktuelle Befragung der Jugendämter läuft z. Z.; die Ergebnisse werden zu einem späteren Zeitpunkt im UA Jugendhilfeplanung beraten und dem LJHA zur Verfügung gestellt. Eine Gesamtplanung für den Kinder- und Jugendschutz im Land Sachsen-Anhalt gibt es bisher nicht. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass „der Jugendschutz“ sehr komplex ist. Es gibt verschiedene Ebenen, verschiedene Akteur*innen, verschiedene Fachbereiche, unterschiedliche Zielgruppen und eine Vielzahl von jugendschutzrelevanten Gesetzen und Verordnungen. Zudem muss unterschieden werden zwischen Fachaufgabe und Querschnittsaufgabe. Zur Verdeutlichung zwei Beispiele: Fachbereiche sind u.a. Sucht, Medienschutz, Gewaltprävention, Extremismus, antidemokratische Bewegungen, Psychogruppen, Gesundheitserziehung, Kriminalitätsprävention, Verkehrserziehung, Kinder- und Jugendarbeitsschutz; Zielgruppen sind neben den Kindern und Jugendlichen, Eltern und Bezugspersonen, Lehrer*innen, Erzieher*innen, Gewerbetreibende, Ämter und Institutionen, lokale Netzwerke, freie Träger, Polizei, Kinderärzt*innen etc.

Schwerpunkt im LJA ist es, die Einstellung zum Jugendschutz zu verbessern. Als Querschnittsaufgabe sollte der Jugendschutz in allen Ämtern und Einrichtungen „mitgedacht“ werden.

Um zu einem Teilplan Jugendhilfe für Sachsen-Anhalt zu kommen, muss eine umfassende Bestandsaufnahme (Überblick wer was in Sachsen-Anhalt tut) erfolgen, die mit Bordmitteln bisher nicht leistbar war. Das Land hat die Planungsaufgabe per Gesetz nach § 79, § 79a, § 80, SGB VIII. Der LJHA hat bereits Qualitätskriterien und ein Leitbild Jugendschutz beschlossen.

In diesem Jahr ist die Erstellung eines Teilplans im Bereich Familie beauftragt worden; mit entsprechenden Ressourcen wäre so auch eine Planung im Bereich Jugendschutz möglich.

Frau Hofmann dazu, sie haben das Jugendschutzgesetz versucht zu novellieren, sie wollten sich auf Digitalisierung einstellen. Im Kinder- und Jugendbericht soll das Thema Digitalisierung und die Folgen daraus auch erfasst werden. Es ist ein Missverhältnis, sie macht den Vorschlag eine Sitzung zu machen - wie wirkt sich Digitalisierung auf die Lebenswelt der Jugend und die Familien aus, bzw. wie hat sie sich schon ausgewirkt.

Auch verweist sie auf das Thema Rauchen und Drogen.

Frau Schunke interessiert, ob den Kinderschutzfachkräften im Rahmen der derzeit laufenden Befragung eine besondere Bedeutung oder eine zusätzliche Aufgabe zukommt.

Frau Heinecke dazu, in dieser Befragung ist nur der erzieherische Kinder- und Jugendschutz berücksichtigt, die Kinderschutzfachkräfte werden durch eine Kollegin im LJA betreut; es gibt Zertifikatskurse und Weiterbildungen.

Herr Wendenkampf fragt nach dem emotional seelischen Kindeswohl, wie werden Daten zu diesem Thema erhoben. Frau Heinecke dazu, zum Kinderschutz gibt es regelmäßig Fortbildungen.

Das LJA wird bei besonderen Vorkommnissen eingebunden.

Frau Prof. Mingerzahn sagt, man muss schauen, wie man mit den Eltern arbeitet.

Frau Wichmann sagt, dass es wichtig ist, das Thema sauber zu trennen – ordnungsrechtlicher sowie auch der erzieherischer Kinder- und Jugendschutz. Sie kann sich erinnern, dieses Thema Bestandserfassung im UA JHPL vor 3 Jahren thematisiert zu haben. Die Abfrage hier ist die zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz.

Herr Schütte, Frau Dr. Bach und Jörg Kratzsch stellen sich vor.

Die Servicestelle Kinder und Jugendschutz gehört zum Verband fjp-media, seit 2015 arbeitet die Servicestelle im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz, beauftragt durch das Land Sachsen-Anhalt für das Ministerium.

Es gibt 3 große Arbeitsschwerpunkte:

- Gewaltprävention

Niederschrift LJHA Sitzung vom 12.02.2018

- weltanschauliche Radikalisierung
- Jugendmedienschutz

Die Servicestelle arbeitet landesweit präventiv. Dabei gibt es 4 große Bereiche:

- Information und Beratung
- Projekte und Bildungsangebote
- Netzwerk, Fachkräfte Multiplikatoren werden fortgebildet.
- Jugendmedienschutz

Inhalte die heute besprochen werden sollen:

- Grundlagen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes
- Strukturen
- Widerspiegelung der bekannten Bedarfe,
- Beschreibung der Rahmenbedingungen
- Schlussfolgerungen

Frau Dr. Bach ergänzt:

Sie sind abhängig vom ordnungsrechtlichen Jugendschutz (kontrollieren, eingreifen), weil sie sich in den pädagogischen Einrichtungen an die Gesetze halten. Der Beratungsbedarf ist da, man muss viele Dinge gemeinsam mit dem Ordnungsamt, mit den Jugendämtern, mit den Behörden absprechen, wenn es um rechtliche Regelungen geht. Sie geben aus dem pädagogischen Kontext heraus eine Rückmeldung, was an strukturellen Jugendschutz notwendig ist.

Herr Schütte:

Es gibt den Verfassungsrahmen des Jugendschutzes, der im Grundgesetz festgeschrieben ist und der im SBG VIII konkretisiert wird. Es geht darum, dass junge Menschen stark gemacht werden.

Der Jugendmedienschutz wird umfasst vom Jugendmedienschutzgesetz und dem Jugendmedienschutzstaatsvertrag. Das sieht Herr Schütte kritisch, es ist schwierig, dass Institutionen, die mit der Jugendhilfe sehr wenig zu tun haben, Jugendschutz umsetzen sollen.

Herr Schütte geht auf die Leitbilder, die der Ausschuss verabschiedet hat ein.

Die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz sieht sich aus der Perspektive der Kinder- und Jugendlichen selbst und setzt diese in den Mittelpunkt. Sie führen Bildungsveranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen durch, dadurch bekommen sie viele Problemlagen von ihnen selbst gespiegelt. Sie bekommen auch von den Eltern Nachfragen und Rückmeldungen zu bestehenden Problemen. Die nächstgrößere Instanz ist die der Bildungseinrichtung, die KiTa, die Schule, wenn Kinder mit Gleichaltrigen zu tun haben, spiegelt sich auch dort viel wider. Dort kommen die Anfragen von den Peer Groups, die sich Hilfe suchen, weil sie mit verschiedenen Problemlagen von Freund*innen nicht umgehen können. Wenn es konkrete Problemlagen gibt, können sich Kinder und Jugendliche an eine Vielfalt von unterschiedlichen Beratungsstellen wenden, im Notfall an die Polizei, oder andere Behörden wie beispielsweise die Jugendämter.

Alles was sie mit den Kindern und Jugendlichen tun, z. B. Bildungsangebote, sind Initialzündungen, die aber weitergetragen werden müssen.

Herr Schütte hält fest, dass der erzieherische Kinder- und Jugendschutz eine Pflichtaufgabe ist, aber auch eine Querschnittsaufgabe, die gesamtgesellschaftlich getragen werden müsste.

Strukturen:

Herr Schütte sagt, dass in den Jugendämtern vor Ort die Fachkräfte sind. Die Stellenanteile sind unterschiedlich. Es gab eine telefonische Abfrage zu den Stellenanteilen durch Frau Dr. Bach: Hier wird ersichtlich, dass die Spannweite der Anteile Jugendschutzfachkräfte in den Landkreisen von 0,15 VbE bis zu 2,5 VbE ist.

Das wirkt sich auch auf die Vernetzung aus, wer mit geringen Stellenanteilen arbeitet, kann nur wenig an Netzwerken teilhaben.

Bedarfe:

Frau Dr. Bach sagt, dass ein großer Punkt, die sexualisierte Gewalt ist. Mit der Novellierung des Bundeskinderschutzgesetzes 2010 wurde viel angeschoben, aber noch lange nicht so viel erreicht, wie das Gesetz es vorsieht. Selbstverletzendes Verhalten ist ebenfalls ein großes Thema, hier gibt es große Bedarfe. Es geht um Schutzkonzepte für Einrichtungen zu sexualisierter Gewalt aber auch generell Gewaltschutzkonzepte.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die weltanschauliche Radikalisierung. Es wurde im Bereich politischer Extremismus festgestellt, dass das Thema Hate Speech zunimmt, dass es um politische Hetze im Netz geht, Fake News, dass es in diesem Bereich um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geht. Dies ist vor allem im Sekundarstufenbereich verbreitet.

Herr Schütte berichtet weiter in den sozialen Netzwerken ist auch ein Thema Cyber Mobbing. Die Frage des digitalen Kinderzimmers spielt ebenfalls eine große Rolle. Der Beratungsbedarf ist hier bundesweit sehr groß.

Rahmenbedingungen:

Alle Dinge des Kinder- und Jugendschutzes finden sich in digitalen Dingen wieder, dies betrifft Suchtverhalten, Gewaltphänomene, sexualisierte Gewalt, Mobbing. Herr Schütte sagt, es gibt zu wenig Vernetzung und es gibt Konkurrenz. Den Freien Träger geht es um Fördermittel. Wenn bestimmte Angebote im gleichen Bereich sich wiederfinden, konkurrieren diese Träger. Das ist kontraproduktiv.

Wenn sie Angebote machen, fragen sie das örtliche Jugendamt an, ob sie es übernehmen wollen. In der Regel kann das Jugendamt dies nicht leisten.

Es gibt Bedarf und es gibt zunehmend kommerzielle Angebote. Dies wird jedoch nicht reguliert. Auf der anderen Seite ist die digitale Kommunikation junger Menschen ganz wichtig, es ist die Möglichkeit demokratisch etwas zu bewegen, sich selbst zu verwirklichen aber auch die Gesellschaft mit zu prägen.

Schlussfolgerungen:

Es braucht einer Kommunikation zu Jugendschutzthemen. Die Heranwachsenden müssen besser institutionell eingebunden werden, mit den Eltern muss kommuniziert werden. Die Risikoeinschätzung ist völlig unterschiedlich.

Weiterhin wäre es wichtig, dass es eine Vereinbarung zwischen den Ministerien, die für alle Ressorts gilt und an die sich alle halten, gibt. Schön wäre der Ausbau der Medienkompetenzförderung, wie können Schulen nicht nur schnelles Internet bekommen.

Viele Angebote, die Jugendliche bekommen können, sind nur digital verfügbar.

Er fordert auch eine Vereinfachung des Jugendmedienschutzes.

Frau Anger bedankt sich für die Ausführungen, überlegt wie der Ausschuss mit dem Thema weiter umgehen wird.

Frau Schunke fragt nach den Grundvoraussetzungen der Personalstruktur, was wäre wünschenswert. Frau Dr. Bach sagt, wünschenswert wäre ein*e Ansprechpartner*in pro Region. Er*sie muss wissen, was seine*ihre Netzwerkstrukturen vor Ort sind, was er*sie für Partner*innen zu den einzelnen Themen hat.

Frau Prof. Dr. Mingerzahn fragt nach dem Resümee:

- Mit den Familien muss zum Thema geredet werden, das findet zu wenig in der Familie statt, das muss Einklang finden in planerische Prozesse.
- Jugendschutz soll in Jugendhilfe gehören, nicht in die Hände von Konzernen
- zeitliche und inhaltliche sowie finanzielle Ressourcen, wo werden Arbeitsaufgaben verteilt und gewichtet

Herr Muntschick fragt nach der bipolaren Botschaft, es entwickelt sich so schnell und man braucht Personal in den Landkreisen. Er fragt, ob der Ansatz – 1 Stelle pro Landkreis richtig ist oder ob es eine falsche Vorstellung gibt von dem, was bewältigt werden muss.

Herr Schütte dazu: das weiß man nicht, wichtig ist, dass der*diejenige, der*die vor Ort ist, weiß, wo was passiert und diese Netzwerke aufrecht hält.

Frau Dr. Bach dazu, die Pädagog*innen müssen sehen, dass die Medien nicht verschwimmen, sondern dass sie sich in einem Medium verlagern.

Frau Prof. Dr. Mingerzahn dazu, sie muss nicht alles wissen, was im Netz passiert, solange das Kind zeigt, was es macht, ist alles in Ordnung, man braucht die Fachkompetenz über das Netzwerk. Frau Heinecke dazu, es ist nicht möglich die Kinder und Jugendlichen zu beschützen, deswegen ist es erforderlich, den Kindern und Jugendlichen Resilienzen mit auf den Weg zu geben und gesunden Menschenverstand, um einschätzen zu können, was ist gut oder nicht.

Frau Wichmann sagt, wichtig ist, was mit der Querschnittsaufgabe erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist und kann unsere Struktur das noch leisten.

Frau Schunke dazu, wenn es ein Angebot gibt, das gut vernetzt ist, könnte es funktionieren.

Herr Petrick ist erstaunt über den Stellenanteil in den verschiedenen Landkreisen, die sich mit der Thematik befassen. Er fragt, inwieweit der LJHA hier tätig werden kann.

Frau Specht dazu, dies ist eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe.

Frau Anger fragt den Ausschuss, inwieweit er tätig werden möchte,

Frau Wichmann würde im Unterausschuss die Ergebnisse der Befragung beraten.

Frau Anger ist dafür, das Thema noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, wenn sich der Unterausschuss damit befasst hat.

TOP 6	Kinder in besonderen Lebenslagen: Übersicht zu den sog. „Kinderstellen“ im Frauenhaus sowie Informationen zum Bundesmodellprojekt zum verbesserten Schutz von Frauen und Kindern	
-------	--	--

Frau Anger begrüßt Frau Weinreich vom Paritätischen Sachsen-Anhalt, Landesintervention und -koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking – LIKO.

Sie trägt mit einer PPP vor.

Frau Weinreich begleitet die einzelnen Landesarbeitsgemeinschaften von Fachberatungsstellen und Schutzeinrichtungen, die mit Kindern in besonderen Lebenslagen umgehen, z. B. in Frauenhäusern oder Interventionsstellen.

Sie ist Landeskoordinatorin bei häuslicher Gewalt und Stalking in Sachsen-Anhalt. Diese Stelle wurde 2006 gegründet, ist beim Paritätischen angegliedert und mit der Idee entstanden, die Interventionsstellen zu begleiten und Netzwerkarbeit durchzuführen. Seit diesem Zeitpunkt haben sich viele Netzwerke gegründet. Sie begleitet die unterschiedlichen Fach – und Fachberatungsstellen, die aktiv mit Gewalt in sozialen Nahraum zu tun haben. Die LIKO-Stelle ist beim Paritätischen, zur fachlichen Ausgestaltung und finanziell am Justizministerium angedockt. Für Kinder in besonderen Lebenslagen ist auch das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt mit verantwortlich.

Der Anteil an Frauen im Frauenhaus war 2016 700 und der Anteil der Kinder ca. 650, die Verteilung bildet sich bundesweit ab. Im Durchschnitt bleiben Frauen mit ihren Kindern 47 Tage im Frauenschutzhaus, sie haben einen Anteil an Flüchtlingsfrauen mit Kindern von ca. 25% (Hälfte des Bundesdurchschnitts). 2017 wurde jedem Frauenhaus eine Erhöhung des Personalschlüssels um eine halbe Stelle zugesprochen, um unter anderem die Arbeit mit den Kindern sicherzustellen. Es gibt 4 Interventionsstellen im Land, diese beraten sowohl weibliche als auch männliche Betroffene von häuslicher Gewalt und Stalking. 2016 wurden 969 meist weibliche Betroffene beraten. 2016 wurden 518 Kinder und 2017 568 Kinder erfasst, die von häuslicher Gewalt mitbetroffen waren. Bundesweit sind ca. 9% der Kinder selbst betroffen. Die Kinder sind nicht ausreichend geschützt von diesen besonderen Problemlagen.

Es gibt Spannungsfeder zwischen den unterschiedlichen Professionen. Die Polizei hat den Auftrag, deeskalierend und intervenierend tätig zu werden, Jugendhilfe, ASD müssen Entscheidungen vornehmen.

Frau Weinreich informiert über einen Fachtag: Kinder als Betroffene von häuslicher Gewalt am 19.09.2018 in Magdeburg.

Sie weist auf eine Kampagne „Mensch, Du hast Recht“, im Zuge 70 Jahre Erklärung der Menschenrechte hin, eine Kampagne des Paritätischen Gesamt- und Landesverbandes.

Niederschrift LJHA Sitzung vom 12.02.2018

Frau Schunke fragt nach der Personalaufstockung in den Frauenhäusern mit Blick auf die Kinder und die Altersstruktur. Frau Weinreich dazu, ab Oktober konnten die ersten eingestellt werden, Sie sagt die mobile Beratung ab 1. März 2018, wird das ein Stück weit aufwerten können. Das sind Psychologinnen, die in besonderen Krisenfällen zur Hilfe angerufen werden können.

Herr Muntschick sagt, dass auch Männer Opfer von Gewalt sind und auch in diesen Beratungsstellen beraten werden.

Er fragt, ob es hier noch Unterstützung geben kann. Frau Weinreich dazu, die Täterberatungsstellen beraten Jungen und Männer, die Täter sind oder waren. Es zeichnet sich jedoch ein Bedarf ab, eine kombinierte Beratung z. B. zwischen Interventionsstellen und Täterberatungsstellen (Paarberatung) zu machen. Dafür gibt es bisher noch keine finanzielle Ausgestaltung.

TOP 7	Planungen für den Landeshaushalt 2019 - UA JHPI (Antrag 01/2018)	
-------	---	--

In seiner Sitzung vom 20.11.2017 hat der LJHA den UA JHPI damit beauftragt eine Stellungnahme zum Haushalt 2019 zu erarbeiten (Beschluss Nr. 2017-(7)-24).

Frau Wichmann erläutert das Verfahren zur Erstellung der Stellungnahme sowie ihren Aufbau mittels einer PowerPoint Präsentation. Die Stellungnahme orientiert sich an den Lebensphasen junger Menschen und ist in die drei Bereiche Kindheit, Jugend/ junges Erwachsenenalter und lebensphasenübergreifende Aspekte unterteilt. Innerhalb dieser einzelnen Bereiche hat der UA JHPI Schwerpunkte gesetzt und Hinweise zur Haushaltsplanaufstellung gemacht. Wichtige Aspekte, die alle Bereiche betreffen, wurden zudem im Rahmen der Einleitung aufgegriffen und erläutert.

Die Stellungnahme wird abschnittsweise aufgerufen, Fragen werden beantwortet und Änderungen vorgenommen. Im Nachgang erläutert und verliest Frau Wichmann den Antrag zum Beschluss der Stellungnahme.

Antrag Nr. 01/2018

Beschluss Nr. 2018-(7) –02

Der LJHA nimmt die vom Unterausschuss Jugendhilfeplanung in der Sitzung am 12.01.2018 erarbeiteten Vorschläge für die Planung des Haushaltes 2019 für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auf Landesebene zur Kenntnis.

Die Verwaltung des Landesjugendamtes wird beauftragt, den festgestellten Bedarf bei der obersten Landesjugendbehörde wie folgt anzumelden:

„Der Landesjugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 12.02.2018 den Bedarf für das Jahr 2019 für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auf Landesebene aus fachlicher Sicht festgestellt und in seiner Stellungnahme festgehalten und begründet.

Gem. § 12 Abs. 3 KJHG-LSA teilt er der obersten Landesjugendbehörde den festgestellten Bedarf (s. Anlage) mit und bittet sie, die beigelegten Vorschläge (unter Beachtung der zu einzelnen Titeln vorgenommenen Anmerkungen) bei der Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfes 2019 zu berücksichtigen.

Weiter bittet er die oberste Landesjugendbehörde, sobald wie möglich den Landesjugendhilfeausschuss darüber zu informieren, in welcher Form seine Vorschläge bei

den Voranschlägen gegenüber dem Finanzministerium Berücksichtigung gefunden haben und ggf. warum nicht.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 8	Anerkennungen nach § 75 SGB VIII als freie Träger der Jugendhilfe (Antrag 02/2018, Antrag 03/2018)	
-------	---	--

Frau Anger setzt den Ausschuss zum Sachstand Jugendwerkstatt Frohe Zukunft und KiJu-Team in Kenntnis.

Die Jugendwerkstatt Frohe Zukunft hat im vergangenen Jahr ihre Satzung geändert. Die Verwaltung wird die Anerkennung auf den Weg bringen.

Das KiJu-Team hat noch nicht alle Antworten geliefert, ebenfalls hat es die Trägerkonzeption noch nicht übersendet, so dass noch offen ist, wann dieses Thema auf die nächsten Sitzungen terminiert werden kann. Herr Begrich und Frau Anger hatten einen Gesprächstermin vereinbart, der Termin ist unbeantwortet verstrichen. Es wird ein neuer Termin vereinbart.

Aus diesem Grund wurde die Trägerliste überprüft und es wurde festgestellt, dass diese, hinsichtlich der gegenwärtigen vorhandenen Träger, überarbeitungswürdig wäre.

Sie erläutert den Antrag 02/2018.

Weiterhin sagt sie, es wäre förderlich, wenn die Träger einen Ablaufplan bzw. eine Handreichung bezüglich ihres Antrages auf Anerkennung im Netz zur Verfügung gestellt bekommen.

Herr Muntschick macht deutlich, dass dies alles bereits geklärt ist, was zu tun ist, wenn ein Antrag auf landesweite Anerkennung gestellt wird. Bei Schwierigkeiten, Nachfragen muss es eine direkte Kommunikation zwischen den zuständigen Stellen geben.

Andererseits, wenn es berechtigte Kritik an Vereinen geben sollte, die in der Liste aufgeführt sind, dann muss der LJHA dies prüfen.

Herr Begrich findet es sinnvoll, das Verfahren transparenter darzustellen.

Herr Bruchholz und Frau Wichmann stimmen dem zu.

Herr Muntschick sagt, dass die Beschlussfassung auf 2013 zurückgeht, der Ausschuss ist neu zusammengesetzt, insofern gab es gewisse Unsicherheiten, aber die Rechtslage ist nach wie vor klar. Die Grundsätze sind im Internet veröffentlicht.

Frau Specht erläutert die Verfahrensweise in der Verwaltung.

Wenn Anhaltspunkte bekannt werden, dass ein Verein die Voraussetzungen zur Anerkennungen möglicherweise nicht mehr erfüllt, wird dies überprüft. Der Antrag, dass alle Vereine überprüft werden sollen, entspricht nicht der Verwaltungspraxis. Es sind 0,05 Stellenanteile für die Aufgabe Anerkennung freier Träger vorhanden.

Sie nimmt die Anregung wahr, ein Papier ins Netz zu stellen, was den Träger das Verfahren kurz vor Augen führt. Ferner bietet sie an, dass Träger der Verwaltung benannt werden können, die ggf. auf Gültigkeit der Anerkennung zu prüfen sind.

Frau Anger sagt, es gab konkrete Benennungen, von Trägern, die bspw. nicht mehr tätig sind bzw. nicht mehr im Bundesland tätig sind. Frau Specht dazu, das wird sie prüfen.

Frau Anger hat die Beschlussvorlage noch einmal überarbeitet.

Herr Günther dazu, in der Satzung ist verfügt, welche Aufgaben der Verwaltung und dem Ausschuss zukommen.

Frau Schunke konkretisiert, sie sagt die Landesstelle für Kinder- und Jugendschutz gibt es nicht mehr. Frau Specht lässt dies prüfen.

Frau Anger schlägt vor, beide Anträge zurückzunehmen und das Angebot der Verwaltung anzunehmen: Ein Papier zum Ablaufverfahren der Anerkennung im Internet im Sinne der Transparenz zu veröffentlichen und dem LJHA Träger zu benennen, bei denen aus o.g.

Niederschrift LJHA Sitzung vom 12.02.2018

Gründen eine Überprüfung sinnvoll erscheint. Sie bietet dem LJHA an, wenn ein Träger auf der Liste (über die öffentliche Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe) auffallen würde, dass dieser nicht mehr bekannt/aktiv etc. ist, innerhalb der nächsten 5 Werktage das Frau Anger mitzuteilen. Sie schickt es dem LJA zu. Die Liste wird dann im LJA zeitnah überarbeitet und im Juni noch einmal auf die Tagesordnung genommen.

TOP 9	Absprachen für nächsten Sitzungen - Themen/Verantwortlichkeiten/Referent*innen etc.	
-------	---	--

Frau Anger gibt einen Ausblick auf die nächsten Sitzungen:

Am 23. April 2018 wird Miteinander e.V. über demokratiegefährdende Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe (wkB 7) sprechen.

Das KgKJH wird zur Methodenbox Geschlechtervielfalt vortragen

Frau Prof. Dr. Mingerzahn wird zum/r Hort/Hortbetreuung referieren.

Der Bericht aus dem LJA wird u.a. die Auswertung der Fortbildungsarbeit für sozialpädagogische Fachkräfte (wkB 2) zum Inhalt haben.

Am 25. Juni 2018 wird zu Fachkräften und Entgelte der Sozialen Arbeit vorgetragen, Referent*innen sind Gernot Quasebarth und die Gewerkschaft.

Frau Wichmann und das LVwA wird zu Rechten und Pflichten des LJHA/MS/LVwA in Bezug auf die Haushaltsaufstellung und Vergabe der Mittel vortragen. Sie ergänzt, wenn es Anmerkungen dazu gibt, dies bis zur nächsten Sitzung im April an sie zu melden.

TOP 10	Verschiedenes	
--------	---------------	--

Hier liegen keine Wortmeldungen vor.

gez.	gez.
Anger (Vorsitzende)	Koch (Schriftführerin)